Offshore Windenergie

Studie warnt vor aktuellem Ausschreibungsmodell

[21.05.2025] Eine neue Studie warnt vor gravierenden Risiken des aktuellen Ausschreibungsmodells für Offshore-Windenergie in Deutschland. Die Stiftung Offshore Windenergie fordert eine Kurskorrektur der kommenden Bundesregierung, um langfristige Schäden für Strompreise, Investitionen und die Energiewende abzuwenden.

Das derzeitige Ausschreibungsdesign für Offshore-Windparks in Deutschland birgt erhebliche wirtschaftliche und energiepolitische Risiken. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie der Stiftung Offshore Windenergie, die von der Berliner Beratungsgesellschaft enervis energy advisors durchgeführt wurde. Erstmals werden in der Analyse konkrete Daten und Szenarien vorgelegt, die die potenziellen Nachteile des bestehenden Modells quantifizieren.

Im Zentrum der Kritik steht das derzeitige Gebotsverfahren, bei dem Flächen für Offshore-Windkraft an den Meistbietenden vergeben werden – ohne finanzielle Absicherung der Stromerlöse. Dieses Design führe laut der Studie zu überhöhten Geboten, die langfristig nicht nur die Finanzierungssicherheit gefährden, sondern auch zu höheren Strompreisen führen könnten. Besonders energieintensive Industrien seien davon betroffen. Die Stiftung fordert daher eine grundlegende Überarbeitung des Modells und spricht sich insbesondere für die Einführung zweiseitiger Differenzverträge (Contracts for Difference, CfDs) aus. Diese würden die Einnahmen der Betreiber stabilisieren und damit das Risiko sowie die Gesamtkosten im System senken.

Aufforderung an kommende Bundesregierung

Karina Würtz, Geschäftsführerin der Stiftung Offshore Windenergie, mahnt politische Konsequenzen an: „Die Ergebnisse der Analyse müssen als Aufforderung an die kommende Bundesregierung verstanden werden, hier endlich den Kurs zu korrigieren.“ Es sei nicht hinnehmbar, dass kurzfristige fiskalische Interessen den Blick auf langfristige Versorgungssicherheit und Marktstabilität verstellen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hatte die hohen Auktionserlöse – allein 13,4 Milliarden Euro im Jahr 2023 – bislang als Beleg für die Attraktivität des Marktes gewertet. Die Studie hingegen warnt, dass diese Summen kaum Wirkung auf die Offshore-Netzumlage entfalten. Selbst optimistische Szenarien sehen einen Effekt von höchstens 7,4 Prozent – ein relativ geringer Nutzen, zumal die Erlöse nur dann fließen, wenn die Projekte tatsächlich umgesetzt werden.

Europäische Zulieferkette unter Druck

Zudem stellt das derzeitige Design die europäische Zulieferkette unter Druck. Betreiber stünden unter Kostenzwang und könnten zunehmend auf günstigere Anbieter aus China zurückgreifen. Damit drohe ein Verlust von Wertschöpfung und technologischer Souveränität in Europa. Hinzu kommen geopolitische, regulatorische und marktliche Unsicherheiten, die das Risiko von Projektabbrüchen weiter erhöhen – mit potenziell gravierenden Folgen für den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland.

Die Studie wurde im Rahmen des vom niedersächsischen Umweltministerium geförderten Projekts „Grüner Wasserstoff aus Offshore Windenergie 2“ erstellt. Sie greift damit eine Empfehlung der Europäischen Kommission aus dem „Wind Power Package“ (Oktober 2023) auf, wonach Mitgliedstaaten die Auswirkungen ungedeckelter Gebote auf den Offshore-Ausbau analysieren sollen. Eine fundierte Untersuchung für Deutschland fehlte bislang – diese Lücke schließt nun der aktuelle Bericht.

(th)

Stichwörter: Politik, Windenergie, enervis energy advisors, Offshore-Windenergie, Studie